



von Helmut Markwort

Wie die Umständlichkeit der EU den deutschen Bürgern geschadet hat

Montag

Die Peinlichkeit ist gewaltig. Während in Israel, Großbritannien und den USA Millionen Bürger schon gegen Corona geimpft sind, hängen Deutsche frustriert in telefonischen Warteschleifen. Es fehlt an dem Impfstoff, der in Deutschland entwickelt wurde.

Der Gesundheitsminister Jens Spahn, heftig kritisiert, lässt sich mit Hoffnung auf mehr Impfdosen zitieren, obwohl er hätte handeln können, anstatt zu hoffen.

Die Mainzer Firma Biontech hatte Zigmillionen von Impfdosen angeboten, aber die deutsche Regierung verschob die Entscheidung nach Brüssel. Wie bei vielen anderen Themen auch erwies sich die gepriesene „europäische Lösung“ als Tarnwort für „lange Bank“.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat zwar einen deutschen Pass, möchte sich aber als Mustereuropäerin profilieren. Die Extrawünsche der 27 EU-Mitglieder kosten Zeit. Besonders die eifersüchtigen Franzosen und ihr Gefolge richteten Schaden an. Ihnen missfiel,



Unglücksduo Jens Spahn und Ursula von der Leyen haben den Impfstoff vermurkst

dass große Summen an eine deutsche Firma mit amerikanischem Partner fließen könnten. Auch der französische Pharmakonzern Sanofi sollte profitieren. Der lieferte aber nur Ankündigungen.

Die deutsche Regierung muss sich das Versagen der EU ankreiden lassen. Eine einflussreiche Nation wie Deutschland hätte einen Weg finden müssen, ihre eigenen Bürger optimal zu versorgen und gleichzeitig in der EU loyal zu agieren.

Wer so argumentiert, wird in der aktuellen Debatte mit einem üblen Hetzwort diffamiert. Es heißt „Impf-Nationalismus“. Die Nazi-Keule wird gegen Menschen geschwungen, die Politiker an ihre Pflichten erinnern.

Auch Norbert Röttgen war so fahrlässig, Kritiker des verkorksten Impfstoffs wegen „Impf-Nationalismus“ zu attackieren. Er sollte seine Gedanken und seine Wortwahl sorgfältiger kontrollieren.

Er kandidiert für den CDU-Vorsitz und kommt als Bundeskanzler infrage. In diesem Amt muss er einen Eid schwören, der mit den Worten beginnt: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden[...] werde.“ Ein gewaltiger Auftrag, erst recht in Zeiten von Corona.

Dienstag

Auf den ersten Blick liest sich die Debatte wie eine Auseinandersetzung zwischen Juristen, aber tatsächlich geht sie uns alle an. Führende Politiker der Großen Koalition wollen unsere Grundrechte weiter einschränken.

Sie tricksen mit einem Begriff, der in die Irre führen soll. Sie reden von „Sonder-



Freiheitsfreunde Die Juristen Papier (l.) und Scholz wollen die Bevormundung beenden

rechten“ für Geimpfte. In Wahrheit haben diese Anspruch auf die Wiederherstellung ihrer Grundrechte. Sobald sie durch die Impfung nicht mehr gefährlich sind, haben sie Anspruch auf ihre grundrechtliche Freiheit.

Sie dürfen mit ihrem Impfpass in Restaurants und Kinos gehen, falls die öffnen. Armin Laschet fürchtet deswegen einen Druck, sich impfen zu lassen. Sein Rivale Friedrich Merz argumentiert für das individuelle Recht der Geimpften. Er kann sich mit seiner Haltung auf zwei exzellente Verfassungsrechtler berufen.

Sowohl Hans-Jürgen Papier, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, wie auch der Staatsrechtsprofessor Rupert Scholz verweisen darauf, dass Bürger, die nicht mehr ansteckend sind, nicht weiter bevormundet werden dürfen.

Grotesk: Weil Koalitionspolitiker die wackelige Rechtsgrundlage kennen, wollen sie mit einem Extra-Gesetz Restaurants, Theatern und Kinos die Bevorzugung von Geimpften verbieten.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.